

## 01) London schickt Migranten zurück: Paris ist nicht „amused“

11. 09. 2021



Bildquelle: MPI

London hat beschlossen, hart gegen die Migranteninvasion vorzugehen: Das Vereinigte Königreich droht damit, Migrantenboote zurück nach Frankreich zu schicken. Es hat Pläne zur Zurückweisung von Booten mit illegalen Einwanderern an seinen Küsten gebilligt und damit den Streit mit Frankreich über den Umgang mit dem Zustrom illegaler Migranten, die in kleinen Booten versuchen, den Ärmelkanal zu überqueren, vertieft.

Hunderte von kleinen Booten haben in diesem Jahr die Reise von Frankreich nach Großbritannien auf einer der meistbefahrenen Schifffahrtsrouten der Welt versucht. Die britische Küstenwache wird geschult, diese Boote aus den britischen Gewässern zu vertreiben, aber sie wird diese neue Taktik nur anwenden, wenn es als sicher erachtet wird, sagte ein britischer Regierungsvertreter, der nicht namentlich genannt werden wollte, am Donnerstag. Michael Ellis, der amtierende britische Generalstaatsanwalt, wird eine Rechtsgrundlage für die Grenzbeamten schaffen, um die neue Strategie anzuwenden, erklärte der Beamte.

Innenministerin Priti Patel sagte dem französischen Innenminister Gerald Darmanin, dass es ihre „oberste Priorität“ sei, Menschen zu stoppen, die mit kleinen Booten aus Frankreich kommen.

Patel hatte die französische Regierung bereits Anfang der Woche verärgert, als sie sagte, Großbritannien könne etwa 54 Millionen Pfund (75 Millionen Dollar) an Mitteln zurückhalten, die es zur Eindämmung des Migrantenstroms zugesagt hatte. Ein Sprecher von Premierminister Boris Johnson erklärte außerdem, dass die Regierung eine Reihe von sicheren und legalen Möglichkeiten prüfe, um die Boote aufzuhalten. Die Einwanderung war

ein zentrales Thema beim Referendum 2016, bei dem der Austritt aus der Europäischen Union beschlossen wurde.

Darmanin sagte, Großbritannien müsse sowohl das Seerecht als auch die gegenüber Frankreich eingegangenen Verpflichtungen einhalten, zu denen auch finanzielle Zahlungen zur Finanzierung der französischen Grenzpatrouillen auf See gehören. Frankreich und Großbritannien haben im Juli vereinbart, mehr Polizisten einzusetzen und in Detektionstechnologie zu investieren, um die Überquerung des Ärmelkanals zu verhindern. Die französische Polizei hat weitere Boote beschlagnahmt, kann aber nach eigenen Angaben die Ausreise nicht vollständig verhindern.

„Frankreich wird keine Praktiken akzeptieren, die gegen das Seerecht verstoßen, und auch keine finanzielle Erpressung“, twitterte der französische Minister.

In einem Schreiben, das den britischen Medien zugespielt wurde, vertrat Darmanin außerdem die Auffassung, dass es gefährlich wäre, die Boote zur Rückkehr an die französische Küste zu zwingen, und dass „der Schutz von Menschenleben auf See Vorrang vor Überlegungen zur Nationalität, zum Status und zur Migrationspolitik hat“. Hinter den schönen humanitären Worten verbirgt sich in Wirklichkeit der Wunsch, die illegalen Einwanderer, die von Calais aus die englische Küste erreichen, nicht zurückzunehmen. Aber die Regierung Macron sollte sich freuen: Sind das nicht „Chances pour la France“ („Chancen für Frankreich“, vgl. [www.breizh-info.com/2020/09/21/150808/immigration-est-une-chance-pour-la-france-40-ans-deja/](http://www.breizh-info.com/2020/09/21/150808/immigration-est-une-chance-pour-la-france-40-ans-deja/))?

Das britische Innenministerium ließ sich nicht beirren und antwortete dem lästigen Darmanin:

„Normalerweise äußern wir uns nicht zu operativen Aktivitäten auf See.“

Quelle: [MPI](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **02) Orbán: Ungarn und Serbien werden europäische Grenzen verteidigen**

Von Éva Harangozó

10. 09. 2021



***Ungarn und Serbien werden die europäischen Grenzen verteidigen, auch wenn dafür keine Dankbarkeit von Seiten der EU zu erwarten ist.***

Ungarn und Serbien werden die europäischen Grenzen weiterhin gegen die aufeinanderfolgenden Migrationswellen verteidigen, auch wenn von den zu Beschützenden weder Hilfe noch Dankbarkeit zu erwarten ist, sagte Ministerpräsident Viktor Orbán nach einem gemeinsamen Treffen der Regierungen beider Länder in Budapest.

Der ungarische Ministerpräsident erklärte, dass Europa aufgrund des amerikanischen Versagens mit Millionen von Migranten rechnen müsse, die sich von Afghanistan aus auf den Weg nach Europa machten. Er fügte hinzu, dass wir uns nicht der Illusion hingeben sollten, an Hilfe Europas zu denken, denn, wie er sagte, „sie sind uns in den vergangenen Jahrhunderten nie zu Hilfe geeilt, und das können wir auch jetzt nicht erwarten“.

„Wir verteidigen Serbien, wir verteidigen Ungarn, wir verteidigen uns selbst, aber wir alle wissen, dass diese Migranten nicht in Serbien und nicht in Ungarn leben wollen, sie gehen nach Deutschland. Wenn wir uns also jetzt verteidigen, verteidigen wir, wie so oft in der Geschichte, Europa, insbesondere Deutschland, und zwar auch dann, wenn wir keinerlei Anerkennung oder Dankbarkeit erwarten können“, sagte Orbán auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der serbischen Premierministerin Ana Brnabić.

Orbán betonte, dass Mitteleuropa und Serbien heute auch in der Weltwirtschaft einen herausragenden Platz einnehmen. Diese Position könne durch eine Welle von Migranten bedroht werden, sagte er. Er sagte: Diejenigen, die früher die Migration unterstützt haben –

Regierungen, NGOs, Soros-Organisationen – unterstützen jetzt in gleicher Weise die Migration aus Afghanistan, aber das steht in krassem Gegensatz zu den Interessen Ungarns und Serbiens.

Ungarn setze sich auch für die Mitgliedschaft Serbiens in der Europäischen Union „bis zu tausend Prozent“ ein, denn ohne sie könne die Sicherheit der inneren Teile Europas nicht gewährleistet werden.

„Es ist unmöglich, hier Hotspots zu schaffen, so dass Sicherheitsfragen das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung hier überschreiben“, betonte Orbán. Er wies darauf hin, dass es im Interesse Ungarns sei, gute nachbarschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu haben, und da der Balkan eine leicht zu destabilisierende Region sei, sei es äußerst wichtig, die Region in die europäische Gemeinschaft integrieren zu können.

Auf dem Gipfel sagte Brnabić, dass es früher oder später zu einer weiteren Migrationswelle kommen werde. Die Lösung wäre ihrer Meinung nach, dass die Migranten in kontrollierter Form kommen und in dem ersten EU-Mitgliedstaat, in dem sie ankommen, kontrolliert werden.

„Den Menschen sollte so geholfen werden, dass sie ihre Heimat nicht verlassen müssen und nicht nach Europa kommen, wie es Ungarn schon früher gefordert hat“, fügte sie hinzu.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### 03) Tschechien gibt Litauen eine halbe Million Euro für Grenzzaun

09. 09. 2021



Jakub Kulhánek und Agnė Bilotaitė · Foto: Facebook

Litauen ist [genauso wie Polen](#) seit einiger Zeit mit einer Migrationskrise konfrontiert, die offensichtlich von den weißrussischen Behörden ausgelöst wurde, und hat – [wie Polen](#) – begonnen, einen Grenzzaun zu errichten, um dieser Krise zu begegnen. Die mitteleuropäischen und V4-Länder, einschließlich der Tschechischen Republik, zeigen sich solidarisch mit ihren baltischen Nachbarn.

#### **Ein konkretes Zeichen der Solidarität**

Was Tschechien anbelangt, so drückt sich diese Solidarität nicht nur in Worten, sondern auch in Taten aus – in diesem Fall in einer finanziellen Unterstützung in Höhe von 530.000 Euro für den Bau eines drei Meter hohen Zauns entlang der fast 500 km langen Grenze zu Weißrussland durch die Behörden in Wilna (*Vilnius*). Der Zaun ist demjenigen nachempfunden, den Ungarn 2015 an dessen Grenze zu Serbien auf dem Höhepunkt der Migrationskrise errichtet hat, die durch die damalige Haltung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel stark angeheizt worden war.

## Unterstützung der Länder, die bereit sind, die EU-Außengrenzen zu verteidigen

Da der Zaun 152 Millionen Euro kosten wird, hat Wilna seine EU-Partner um eine Kofinanzierung gebeten, denn die Verteidigung der litauischen Grenze schützt nicht nur Litauen, sondern die gesamte EU vor der [von Minsk orchestrierten Migrationswelle](#). Tschechien ist nun das erste Land, das auf dieses Ersuchen positiv reagierte. Bei einem Treffen mit der litauischen Innenministerin Agnė Bilotaitė, mit der er am 7. September eine Vereinbarung über gemeinsame (tschechisch-litauische) Maßnahmen zur Beschleunigung des Zaunbaus im Namen der Tschechischen Republik unterzeichnete, sagte der tschechische Außenminister Jakub Kulhánek (ČSSD) zu diesem Thema unter anderem, dass die europäischen Länder

*„die Länder voll unterstützen sollen, [die wie] Litauen [...] bereit sind, die Außengrenzen der EU zu verteidigen“.*

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko müsse daran gehindert werden, die illegale Einwanderung weiterhin als Mittel zur Erpressung Litauens und der gesamten Europäischen Union zu nutzen. Bilotaitė betonte ihrerseits die Bedeutung der tschechischen Hilfe, die

*„zeigt, dass Litauen nicht allein ist [und] dass der Schutz der EU-Außengrenzen nicht nur unsere Sache ist, sondern im Interesse [...] der gesamten Europäischen Union liegt“.*



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

#### **04) Tschechische, slowakische und österreichische Führer gegen illegale Migration**

08. 09. 2021



Andrej Babiš und Sebastian Kurz · Foto: Österreichisches Außenministerium at <https://www.flickr.com/photos/88775815@N04/16330390570>.

#### **Die Ministerpräsidenten halten es für**

#### **es notwendig, Afghanen im eigenen Land oder in den Nachbarstaaten zu helfen**

Die Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik, der Slowakei und Österreichs sind gegen illegale Migration und wollen nicht, dass sich das Jahr 2015, in dem Massen von Flüchtlingen nach Europa geströmt sind, wiederholt, erklärten Andrej Babiš, Eduard Heger und Sebastian Kurz nach ihrem Treffen am Dienstag in Lednice (Eisgrub) in der Region Břeclav (Lundenburg) gegenüber der Presse.

Sie äußerten sich zur Lage in Afghanistan, wo die radikale Taliban-Bewegung nach dem Abzug der alliierten Truppen an die Macht kam. Nach Ansicht der Ministerpräsidenten besteht die Notwendigkeit, den Afghanen in ihrem Land oder in den Nachbarstaaten zu helfen.

„Wir müssen die Menschen unterstützen, deshalb hat Österreich beschlossen, 18 Millionen Euro zusätzlich auszugeben, um die Afghanen in den Nachbarländern zu unterstützen“, sagte Kurz. Dies sei ein Versuch, ihr Leid zu lindern. „Aber wir können nicht zulassen, dass sich 2015 wiederholt. Wir sind gegen illegale Migration. Wir werden Schlepper und Menschenschmuggler bekämpfen, es darf keinen unkontrollierten Migrationsstrom nach Europa geben“, sagte der österreichische Bundeskanzler.

Babiš erklärte, dass die Premierminister aller drei Regierungen eine einheitliche Meinung zum Kampf gegen Menschenschmuggler hätten.

„Illegale Migranten zahlen, um nach Europa zu kommen. Das müssen wir außerhalb Europas verhindern“, betonte der tschechische Ministerpräsident.

„Es gibt wirklich keinen Platz für sie in Europa“, sagte Babiš. Sollte dies nicht gelingen, werde die zweite Runde der Gespräche mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan folgen.

Kurz fügte hinzu, dass es notwendig sei, alle Formen der illegalen Migration zu bekämpfen, und dass die Länder Osteuropas jetzt davon betroffen seien.

„Aus westeuropäischer Sicht muss man hinzufügen, dass der Rest von uns schon seit vielen Jahren unter Migrationsdruck steht. Es ist wichtig, die Außengrenzen zu schützen, entschieden gegen Schlepper vorzugehen und klare Signale an alle Länder zu senden“, so Kurz abschließend.

Titelbild: Tschechiens amtierender Premierminister Andrej Babis, links, und Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz sprechen bei einer gemeinsamen Pressekonferenz im Rahmen eines Treffens im Bundeskanzleramt in Wien, Österreich, Freitag, 18. Mai 2018. (AP Photo/Ronald Zak)

Quelle: [Eurozpravy.cz](https://www.eurozpravy.cz)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## **05) László Kövér: „Derzeitige ethnische Mehrheiten in Europa können in die Lage ethnischer Minderheiten versetzt werden“**

05. 09. 2021



László Kövér · Bildquelle: Visegrád Post

Für László Kövér besteht die Gefahr, dass der Zustand der Minderheiten, der bisher nur die ethnischen Minderheiten in Europa betraf, künftig auch zu dem der heutigen nationalen Mehrheiten sein wird. Der Präsident des ungarischen Parlaments bezog sich auf dieses Thema in einer Rede am Sonntag nach einem ökumenischen Gottesdienst in der Kirche der Festung Marosvásárhely (rum: Târgu Mureș – die Stadt mit der zahlenmäßig größten ungarischen Bevölkerung in Siebenbürgen, AdÜ.), in seiner Eigenschaft als Hauptsponsor des in dieser Stadt organisierten Kulturfestivals „Forgatag“ [„Strudel“ auf Ungarisch, AdÜ.]. Er erinnerte daran, dass die tiefsten Gewässer in Europa und der Welt

*sich derzeit in einem Strudel befinden, der Länder und Nationen verschlingen, das Schicksal ganzer Generationen ruinieren und in eine Zukunft führen kann, in der das Überleben mit der Menschenwürde unvereinbar sei.*

Und er fügte hinzu, dass die Ungarn, wenn man ihnen von der Lage der Minderheiten erzählt, an ein Schicksal denken, das aus politischer Unterwerfung, wirtschaftlicher Enteignung und Demütigungen der nationalen Kultur besteht. Und dass dies einer der Gründe ist, warum sich Europa mit der Sache der nationalen Minderheiten befassen sollte: weil dieser Minderheitenstatus in Zukunft in jedem europäischen Staat die zentralen ethnischen Gruppen einholen könnte, selbst in Ländern, in denen sie derzeit eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung stellen.

„Die Ungarn, die jenseits der heutigen Grenzen Ungarns leben, kämpfen seit einem Jahrhundert dafür, dass das Land, in dem sie geboren wurden, ihre Heimat bleibe, und vor allem dafür, dass niemand das ethnische Gleichgewicht dort künstlich verändere. Aber das sind Sorgen, mit denen auch die Bürger die ethnischen Mehrheit in allen europäischen Ländern konfrontiert sind.

*In den Großstädten Westeuropas erleben die einheimischen Bürger dieser Länder dies derzeit: Sie werden ihrer Heimat – ihrer Heimatländer und –Heimatstädte – durch eine illegale, hinterhältige Einwanderung von Siedlern beraubt, die sich hinter der Maske des politischen Asyls verbirgt und sie schließlich zu Fremden in ihrem eigenen Land, zu Fremden in Europa macht.*

Wir stehen an der Schwelle zu einer „postchristlichen“ und „postnationalen“ Ära, die durch die Allgegenwart künstlich geschürter Schuldgefühle gekennzeichnet ist.

*Jeder Europäer sollte sich wegen des Klimawandels schuldig fühlen; die Bewohner des heutigen Europas sollten sich wegen der Fehler ihrer Vorfahren schuldig fühlen, die werdenden Eltern sollten sich wegen der Fehler des gerade gezeugten Kindes schuldig fühlen, die Weißen wegen der Schwarzen, die Männer wegen der Frauen, die Heterosexuellen wegen der Homosexuellen, die Alten wegen der Jungen und die Europäer wegen der Menschen aller anderen Kontinente.*

Diese neue Schuldkultur unterscheidet sich von der nationalsozialistischen und kommunistischen Ideologiewelt nur dadurch, dass sie nicht eine Minderheit zur minderwertigen Gruppe bestimmt, die die Last der Kollektivschuld trägt, sondern den Krieg aller gegen alle organisiert.

*Anstelle dieser schädlichen Schuldkultur wollen wir eine Kultur des verantwortungsvollen Gewissens; anstelle dieses durch künstliche Trennungen geschaffenen Identitätsvakuums wollen wir unsere natürliche Identität bewahren. Wir wollen christliche Ungarn bleiben, die ihre Familie und ihr Land lieben.*

„Marosvásárhely hat eine geistige Kraft und Erneuerungsfähigkeit, die weit über dessen geografische Grenzen hinausgeht, und der Schlüssel zu dieser Kraft ist, dass die Stadt an die ungarischen Ideale der siebenbürgischen Selbstorganisation und der europäischen Würde glaubt und damit ein Vorbild für alle ungarischen und rumänischen Gemeinschaften sowie für alle Gemeinschaften in Europa darstellt.

Im Jahr 1937 erklärten die Teilnehmer des Gipfels von Vásárhely unter dem Vorsitz des [Szekler] Schriftstellers Áron Tamási in Bukarest, dass

*der rumänische Staat seine Aufgabe nur dann erfüllen wird, wenn er im Geiste der christlichen Ethik und der wahren Demokratie dafür Sorge trage, alle unter seiner Ägide lebenden Völker gleichermaßen zu schützen und zu unterstützen.*

Sie erinnerten Budapest daran, dass „die Ungarn Mitteleuropas eine unteilbare kulturelle und sprachliche Gemeinschaft bilden, zu der auch die ungarische Gemeinschaft Siebenbürgens gehört“. Diese Botschaften sind auch heute noch aktuell, ebenso wie eine weitere Schlussfolgerung des Gipfels, die besagt, dass „das Leben der ungarischen nationalen Minderheit in Siebenbürgen nur von den Erfordernissen der christlichen Moral und der nationalen Demokratie geleitet werden kann“.

Am Ende des ökumenischen Gottesdienstes wurde das Festival „Forgatag“ in Marosvásárhely auch durch eine Rede von Ferenc Péter, dem Präsidenten des Komitatsrates des Komitats Maros, begrüßt, der daran erinnerte, dass die Stadt Marosvásárhely ein Zentrum der ungarischen nationalen Minderheit ist. Er erinnerte daran, dass die Stadt Marosvásárhely einst von König Matthias das Recht erhielt, Jahrmärkte zu veranstalten, und dass es der siebenbürgische Fürst Gábor Bethlen war, der sie zu einer freien Königsstadt erklärte. Die Organisatoren des Kulturfestivals „Forgatag“ lassen sich von denselben Zielen leiten wie diese großen Staatsmänner“, so Kövér.

*Dieser Artikel erschien zuerst am 29. 8. 2021 in der [MAGYAR NEMZET](#) und wurde von der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION, aus dem Ungarischen übersetzt.*

**Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER**

**06) Griechenland: Migranten-Abschiebung beschleunigen und NGO-Arbeit einschränken – Europarat „besorgt“**

04. 09. 2021



*Bildquelle: FDS*

***Der Europarat ist besorgt und warnt die griechische Regierung***

Der Europarat hat am Freitag (3. September) das griechische Parlament aufgefordert, ein Gesetz, das die Abschiebung von Asylbewerbern beschleunigen und die Arbeit von Seenotrettungsorganisationen einschränken soll, mit den Menschenrechten in Einklang zu bringen.

„Der Gesetzesentwurf über Ausweisungen und Rückführungen gibt Anlass zu ernststen Bedenken“, warnte die Menschenrechtskommissarin des Europarats, Dunja Mijatovic, am Freitag in einem Schreiben an das griechische Parlament.

Das griechische Migrationsministerium legt dem Parlament am Freitag einen Gesetzesentwurf vor, der die Abschiebung von illegalen Migranten beschleunigen soll. Insbesondere wird die Polizei in der Lage sein, die Abschiebung illegal eingereister Migranten ohne Papiere aus Griechenland schneller anzuordnen, wenn diese kein Asyl beantragen oder ihr Antrag abgelehnt wurde. Seit 2015 ist Griechenland ein Einfallstor für Migranten nach Europa, obwohl sich der Zustrom in den letzten zwei Jahren verlangsamt hat.

Dieser Gesetzesentwurf „würde die Seenotrettung durch Nichtregierungsorganisationen und deren Kapazitäten zur Überwachung der Menschenrechte in der Ägäis ernsthaft behindern“, erklärte die Menschenrechtskommissarin. Das Gesetz sieht strenge Geldstrafen und Sanktionen für NGOs vor, die sich nicht an die Behörden und die Küstenwache wenden, um ihre Tätigkeit auszuüben.

Quelle: [Le Figaro](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

## **07) Polen will den Notstand an der weißrussischen Grenze ausrufen**

02. 09. 2021



Bildquelle: Facebook / *Mateusz Morawiecki*

Die Migrationskrise, die wir seit einigen Wochen an den westlichen Grenzen Weißrusslands beobachten können – da das Minsker Regime als Reaktion auf die EU-Sanktionen damit begonnen hat, gezielt importierte Migranten (Iraker und Afghanen) an die litauische, lettische und polnische Grenze zu treiben –, könnte nun in eine zweite Phase eintreten.

### **Ausnahmestand im Grenzgebiet**

Nachdem die polnische Regierung – wie das benachbarte Litauen – beschlossen hat, einen Grenzschutzzaun nach ungarischem Vorbild zu errichten, hat sie nun am 31. August Präsident Andrzej Duda gebeten, den Ausnahmestand für das Grenzgebiet von Norden nach Süden an der 418 km langen polnisch-weißrussischen Grenze auszurufen.

### **183 Gemeinden in den Woiwodschaften Podlachien und Lublin betroffen**

Ministerpräsident Mateusz Morawiecki [erklärte auf seinem Facebook-Account](#): „Die Lage an der Grenze zu Weißrussland ist eine Krise. Das Lukaschenko-Regime hat beschlossen, Iraker nach Polen, Litauen und Lettland zu treiben. Angesichts der angespannten Lage an der Grenze zwischen Polen und Weißrussland,

*beschloss der Ministerrat, Präsident Andrzej Duda zu ersuchen, in einem Grenzstreifen in einem Teil der Woiwodschaft Podlachien und der Woiwodschaft Lublin für 30 Tage den Ausnahmezustand zu verhängen.*

*Dieses Gebiet wird 115 Gemeinden in der Woiwodschaft Podlachien und 68 Gemeinden in der Woiwodschaft Lublin umfassen.*

*Die Beschränkungen beeinträchtigen weder das Arbeitsleben der Anwohner noch die Möglichkeit, in diesem Gebiet frei eine landwirtschaftliche Tätigkeit auszuüben. Litauen und Lettland haben bereits vor einiger Zeit ähnliche Beschränkungen eingeführt.*

*Diese Entscheidung ist von der Sorge um die Sicherheit des Staates, unserer Bürger und unserer Verantwortung für die Sicherung der Grenzen des Landes und der gesamten Europäischen Union, die uns dabei unterstützt, diktiert.*

*Das weißrussische Regime ist gefährlich, und jeder unkontrollierte Grenzübertritt könnte zu einem Zwischenfall mit unvorhersehbaren Folgen führen. Wir müssen diese aggressiven hybriden Aktionen stoppen, die nach einem in Minsk geschriebenen Drehbuch und mit den Protektoren von Herrn Lukaschenko durchgeführt werden.“*

Innenminister Mariusz Kaminski erläuterte, wie die Maßnahme umgesetzt werden soll:

*„Demonstrationen und andere Aktionen werden nicht zugelassen.“*

### **Das Gebiet wird für Ortsfremde gesperrt**

Für die Menschen, die in der Grenzregion leben oder arbeiten, dürfte sich im Alltag nichts ändern. Damit soll allerdings verhindert werden, dass es erneut zu [Sabotageakten durch linke Aktivisten](#) kommt, wie es am Sonntag, dem 29. August, der Fall war.

Nach Angaben des polnischen Rundfunks rechtfertigt die Regierung von Mateusz Morawiecki diesen Schritt auch mit den bevorstehenden russisch-weißrussischen Militärmanövern. Präsident Duda erklärte seinerseits, dass er den Antrag mit der nötigen Sorgfalt prüfen und seine Entscheidung sehr bald bekannt geben werde.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*